

---

# **Beschluß des Plenums des CK der KPSS "Über partei- und staatsfeindliche Handlungen von Berija" [Entmachtung Lavrentij Berijas], 7. Juli 1953**

---

## **Zusammenfassung**

Das Juliplenium des Zentralkomitees der KPSS 1953 markiert einen ersten Wendepunkt in der Politik der Entstalinisierung. Die zuvor auf Initiative des Innenministers und Geheimdienstchefs Lavrentij Berija gefaßten Beschlüsse des CK-Präsidiums korrigierten in praktisch allen Bereichen die von Stalin verfolgte Politik und lösten dabei unerwartet den Berliner Arbeiteraufstand vom 17. Juni aus. Nikita Chruščev nutzte diesen Fehlschlag, um eine Intrige gegen Berija einzufädeln und diesen verhaften zu lassen. Das Juliplenium wurde einberufen, um Berijas Ausschaltung zu rechtfertigen. Mit gefälschten und vielfach absurden Anschuldigungen folgte es in der Inszenierung dem Vorbild Stalinscher Schauprozesse der dreißiger Jahre. Zugleich versuchten die Präsidiumsmitglieder, die gesamte Verantwortung für Stalins Verbrechen auf Berija zu schieben und dadurch ihre eigene Verstrickung zu verschleiern. Indem es der Partei wieder die höchste Macht im Staate zuwies und den Weg zu Reformen in der Agrarpolitik öffnete, legte das Plenum den Grundstein für Chruščevs Karriere. Sieht man von der Entmachtung und Reorganisation der Sicherheitsorgane des Innenministerium ab, unterbrach das Juliplenium dagegen die Entstalinisierung in vielen Bereichen. Erst als Chruščev 1955 selbst zur Untermauerung seines Führungsanspruchs eine Position der Entstalinisierung bezog, griff er verschiedene Initiativen Berijas wieder auf. Die Unterrichtung der Parteioffentlichkeit von den bekannten Verbrechen Stalins wurde bis zum XX. Parteitag verschleppt. In seiner "Geheimrede" hielt Chruščev an der auf dem Juliplenium insbesondere von Georgij Malenkov geprägten Formel des "Personenkults" fest.

## **Einleitung**

Mit Stalins Tod setzte eine unerwartet schnelle Korrektur der zuvor verfolgten Politik ein. Diese erste Phase der Entstalinisierung bis zum Juliplenium ging von Absprachen zwischen Berija und Malenkov aus. Beide hatten in den letzten Lebensjahren Stalins ein distanziertes Verhältnis zu diesem gewonnen und waren sich bewußt, daß er ihre Ausschaltung und Vernichtung betrieb. Die entscheidene Frage des Machtkampfes lautete also schon in den letzten Monaten vor Stalins Tod: Wer Wen? Das erklärt einige Umstände an Stalins Todeslager, etwa die Hinweise auf unterlassene Hilfeleistung für den Sterbenden und die Fälschung des Bulletins über den Krankheitsverlauf. Malenkov und Berija revidierten als erstes die Machtverteilung, die Stalin auf dem XIX. Parteitag der VKP(b) zur Ausbootung der alten Garde vorgenommen hatte. Vjačeslav Molotov und Anastas Mikojan, von Stalin aus dem Machtzentrum entfernt, wurden wieder in das CK-Präsidium aufgenommen. Angesichts des abgrundtiefen Mißtrauens, das die Mitglieder der Führungsmannschaft einander entgegenbrachten, kam der proklamierten "kollektiven Führung" vor allem Schutzfunktion zu. Eine aufrichtige Abstimmung über die zu verfolgende Politik war unter diesen Umständen nicht möglich. Jeder, der versuchte,

auf die Gestaltung der Politik Einfluß zu nehmen, ließ damit seine Ambitionen auf die alleinige Macht erkennen und setzte sich dem Risiko aus, im Falle des Mißerfolgs als Verräter und Volksfeind ausgeschaltet zu werden. Dieses Schicksal traf zuerst Berija, ein Jahr später dann Malenkov, der als Vorsitzender des Ministerrats zunächst die höchste Position in der Machthierarchie innehatte und auch die Sitzungen des CK-Präsidioms leitete. Die Schlüsselfrage, ob die Regierung, wie dies Malenkov und Berija anstrebten, oder die Partei – wie von Chruščev gefordert – das höchste Machtorgan darstellte, wurde vom Juliplenum faktisch zugunsten der Partei entschieden.

Fast alle wichtigen Beschlüsse, die das CK-Präsidium oder das Präsidium des Ministerrats in den ersten Wochen nach Stalins Tod faßten, gingen auf Initiativen von Berija zurück. Um nur die entscheidendsten zu nennen: Auf seinen Vorschlag wurde am 27. März 1953 eine Amnestie für alle Gulag-Insassen mit Schuldsprüchen unter 5 Jahren Freiheitsentzug verkündet. Dadurch reduzierte sich die Zahl der Häftlinge schlagartig auf die Hälfte. Das Verfahren gegen die Kremlärzte, denen man ein zionistisches Mordkomplott gegen Spitzenpolitiker vorwarf, wurde eingestellt, die Verhafteten wurden freigelassen und im Gegenzug ihre Ankläger arrestiert. Berija machte in der "Pravda" publik, daß – wie in anderen Affären auch – die Anschuldigungen frei erfunden und die angeblichen Geständnisse mit der Folter erpreßt worden waren. In der Nationalitätenpolitik betrieb er die Rückkehr zu den Prinzipien der zwanziger Jahre, der korenizacija bzw. der Nationsbildung. Die Partei in den Unionsrepubliken sollte ausschließlich von Angehörigen der jeweiligen Ethnie und nicht von aus Moskau geschickten Russen geleitet werden. Das CK-Präsidium beschuldigte die Parteiführungen der Ukraine, Weißrußlands, Litauens und Lettlands, diese Prinzipien verletzt zu haben. Der Parteichef der Ukraine, Mel'nikov, ein enger Vertrauter Chruščev, wurde abgelöst. Berija betrieb ebenso die Aufhebung der Verbannung für die auf Anweisung Stalins während des Zweiten Weltkrieges deportierten Ethnien. Bei der Neugestaltung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten war Berija in der ersten Junihälfte der Wortführer bei den Gesprächen mit den nach Moskau zitierten Parteiführungen der DDR und Ungarns. Diese wurden von allen anwesenden Präsidiumsmitgliedern wegen ihrer – von Stalin angeordneten – Sowjetisierungspolitik scharf angegriffen und mit dem "Neuen Kurs" zu einer entschiedenen Liberalisierung gezwungen. Lediglich Berijas Annäherungsversuch an Tito erfolgte nicht auf Basis einer Entscheidung der "kollektiven Führung".

Der Sturz von Berija wurde durch einen Fehlschlag seiner Politik möglich. In dieser Hinsicht spielte der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR eine verhängnisvolle Rolle. Obwohl es sich auch bei dem Diktat des "Neuen Kurses" um einen Beschluß der "kollektiven Führung" handelte, wurde der Aufstand Berija persönlich als Ergebnis der von ihm durchgesetzten Liberalisierung angelastet. Die Präsidiumsmitglieder dachten nicht daran, sich für gemeinsam gefällte Entscheidungen auch kollektiv verantwortlich zu fühlen. Das sollte im Herbst 1956 auch Chruščev zu spüren bekommen, als die anderen Präsidiumsmitglieder ihn nach den Aufständen in Polen und Ungarn für die Folgen der gemeinsam konzipierten "Geheimrede" vor dem XX. Parteitag an den Pranger stellten. Natürlich war der Fehlschlag nicht das ausschlaggebende Motiv. Berijas Erfolg bedrohte unmittelbar Malenkov und Chruščev, die selbst Ambitionen auf Stalins Nachfolge hatten. Zudem war der Innenminister unbeliebt, weil die anderen Präsidiumsmitglieder seiner intellektuellen Überlegenheit kaum etwas entgegenzusetzen hatten. Der Sicherheitsapparat wurde gefürchtet und verschaffte Berija zudem einen erheblichen Informationsvorsprung. Er ließ offenbar die von Stalin begonnene Bespitzelung aller Parteiführer und die Führung von Dossiers über sie fortsetzen. Damit verfügte er

über belastendes Material auch gegen alle Präsidiumsmitglieder. In erster Linie fühlte sich dadurch Chruščev bedroht. Die von Berija im Zuge der Korrektur der Nationalitätenpolitik initiierten Ablösungen durchkreuzten Chruščevs Kaderpolitik als Sekretär der Partei und bedrohten ihn zugleich persönlich, weil er als Parteichef der Ukraine selbst Verbrechen bei der Eingliederung der annektierten Westgebiete zu verantworten hatte. Eine moralische Bewertung zwischen diesen Personalpolitiken verbietet sich. Sowohl Berija als auch Chruščev protegierten durch die Mitwirkung am Terror belastete Personen. Auch Malenkov mußte sich bedroht fühlen, weil es ihm trotz seiner formalen Führungsposition nicht gelungen war, mit eigenen Initiativen die Politik zu bestimmen. Sein Projekt, Investitionsmittel zur Steigerung der Konsumgüterproduktion aus der Schwer- in die Konsumgüterindustrie zu verlagern, wurde vom Apparat blockiert. Die bedrückende Frage des Wer Wen? stand wieder im Raum. Angesichts des Mißtrauens der Präsidiumsmitglieder untereinander war der Weg, die Probleme durch ein offenes Gespräch untereinander auszuräumen, nicht gangbar.

Es gibt wenig Zweifel daran, daß Chruščev die Verschwörung gegen Berija einfädelt. Bereits an Stalins Totenbett hatte er erfolglos einen Versuch dazu unternommen. Nicht alle Präsidiumsmitglieder waren eingeweiht oder – wie im Falle von Mikojan – unterstützten den Sturz Berijas. Entscheidend war, daß es Chruščev gelang, Malenkov auf die Seite der Verschwörer zu ziehen. Wieso dieser nicht erkannte, daß er damit seine eigene Position untergrub, ist bis heute unklar. Offenbar unterschätzte er genauso wie Berija Chruščevs staatsmännische Fähigkeiten und stufte ihn nicht als ernsthaften Konkurrenten um die Nachfolge Stalins ein. Gerade angesichts der allumfassenden Überwachung auch der Präsidiumsmitglieder durch den Sicherheitsdienst war es nicht einfach, die Intrige vor Berija geheim zu halten. Die Verschwörer nutzten deshalb Berijas Abwesenheit aus Moskau und die Verhaßtheit des Sicherheitsapparats bei der Armee für ihre Zwecke. Berija lief ahnungslos ins Messer. Wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Berlin wurde er am 26. Juni verhaftet.

Um das Vorgehen im Plenum des CK der KPSS, das zwischen dem 2. und 7. Juli 1953 stattfand, verstehen zu können, muß man sich zunächst die Ungeheuerlichkeit der Situation vor Augen führen. Praktisch alle Mitglieder des CK waren unter Stalin aufgestiegen und persönlich in den Terror verstrickt. Zumindest der Anstiftung zum Mord hatten sich die meisten schuldig gemacht. Die erste Einberufung dieses obersten Führungsgremiums der Partei zwischen den Parteitagen nach Stalins Tod erfolgte zudem aus einem geradezu unglaublichen Anlaß: Der in der Machthierarchie auf dem zweiten Platz stehende Innenminister, der seit über einem Jahrzehnt dem engsten Führungszirkel um Stalin angehörte und mit den anderen Präsidiumsmitgliedern auch im privaten Rahmen ständig zusammengetroffen war, wurde beschuldigt, ein Verräter, Volksfeind und ausländischer Spion gewesen zu sein. Die CK-Mitglieder wurden nun – auch nach sowjetischem Recht außerhalb jeglicher Legalität – zu Richtern gegen einen der ihren erhoben. Gerade weil sich die Verschwörer keineswegs der Reaktion des Zentralkomitees sicher sein konnten, diente ihre Regie des Plenums dazu, jegliche Gefährdung ihrer eigenen Position zu vermeiden. Sie hielten die Verhaftung Berijas deshalb zunächst geheim. Viele CK-Mitglieder erfuhren davon erst nach ihrer Anreise zu Beginn des Plenums. Eigentlich hätten die Verschwörer von vornherein auf verlorenem Posten stehen müssen. Trafen ihre Vorwürfe gegen Berija auch nur halbwegs zu, belasteten sie vor allem die anklagenden Präsidiumsmitglieder selbst, die sich damit der erwiesenen Leichtgläubigkeit und der mangelnden Wachsamkeit überführten und mithin als Wächter der Revolution diskreditierten. Doch allen Anwesenden war klar, daß es

nicht um die Wahrheitsfindung ging, sondern um die Inszenierung eines Tribunals. Wer nicht mitspielte, lief Gefahr, selbst vor dem Erschießungskommando zu landen. Die Redner des Juli-Plenums klagten deshalb nicht die Präsidiumsmitglieder an noch verlangten sie von ihnen Rechenschaft, sondern überboten sich geradezu mit absurden Anschuldigungen gegen Berija. Sie waren offenbar gewohnt einen leitenden Parteigenossen für einen "ausgemachten Gauner, Katzbuckler, rein persönlichen Karrieristen, bürgerlichen Renegaten, Abenteurer, Volksfeind, Verräter am Kommunismus und imperialistischen Agenten" zu halten. Damit wird deutlich, wie wenig sie mit Stalins Terrorregime gebrochen hatten. Nicht etwa die Beteiligung oder Initiierung von Massenrepressionen wurde Berija vorgeworfen, sondern seine Versuche, Stalins Terrorregime zu beseitigen: die Amnestie, seine Position in der Deutschlandfrage und die Korrektur der Nationalitätenpolitik. Die Redner ließen keinen Zweifel daran, daß ihnen das freie Erfinden von Anklagen unter Stalin bekannt war. Doch nicht das hielten sie für verwerflich, sondern allein, daß Berija davon die Öffentlichkeit unterrichtet hatte. Für die Berija vorgeworfene Verschwörung ist bis heute kein Beleg aufgetaucht. Angesichts seiner dominanten Stellung im Präsidium hätte er dazu auch wenig Veranlassung gehabt.

Als Grundtenor der Anklagen galt, daß Berija mit den Beschlüssen oder – noch absurder – mit der angeblichen Behinderung einer Beschlußfassung – bewußt Unruhe stiften und die Lage im Lande destabilisieren wollte. Die Amnestie habe vor allem dazu gedient, eine "gewaltige Anzahl von professionellen Mördern, Räubern und Dieben" zu entlassen. Die Nationalitätenpolitik habe die Völker der Sowjetunion gegeneinander aufhetzen sollen. Zugleich identifizierten sich mehrere Redner ungeniert mit Stalins chauvinistischer Äußerung vom "großen russischen Volk". Völlig absurd klangen die Vorwürfe, Berija habe Maßnahmen zur Besserung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Fleisch verhindert, wußte doch jeder der Anwesenden, daß Stalin selbst bis zu seinem letzten Atemzug die Entscheidungen in der Agrarfrage blockiert hatte. Ernsthaft blieb als Vorwurf also nur, daß Berija in der Tat versuchte, sich auf den Sicherheitsdienst zu stützen.

Vieles deutet darauf hin, daß Chruščev Regie führte und lediglich den in der Machthierarchie höher stehenden Malenkov nicht voll kontrollierte. Seine Genossen aus der Ukraine dienten als Kronzeugen für Berijas angebliches Ausspielen der Partei durch den Sicherheitsdienst. Präsidiumsmitglieder, die sich geweigert oder gezögert hatten, sich an der Verschwörung zu beteiligen, wurden nun wie Mikojan und Klim Vorošilov sichtbar abgestraft, indem sie erst hinten auf der Rednerliste in der Gruppe der einfachen CK-Mitglieder sprechen durften. Chruščev verfolgte zugunsten seiner eigenen Karriere zwei Ziele: zum einen galt es, Berija persönlich als Konkurrenten auszuschalten, zum anderen sollte der mit der Partei konkurrierende Apparat des Sicherheitsdienstes entmachteter werden. Dabei stützte sich Chruščev auf die bei vielen CK-Mitgliedern vorhandene Angst vor dem Sicherheitsapparat. In den Äußerungen auf dem Plenum vermischten sich immer wieder der Haß gegen den Sicherheitsdienst als alle bedrohenden Terrorapparat mit Anklagen gegen Berija. Chruščev konnte sein Kalkül eiskalt durchsetzen. Seinem Mitstreiter Malenkov, dem wohl einzigen entschiedenen Vertreter einer Entstalinisierungspolitik auf diesem Plenum, sollte es sich erst offenbaren, als er im Herbst 1954 entmachteter und dann Anfang 1955 selbst auf einem CK-Plenum angeklagt wurde. Indem die Geschlossenheit der Partei als das einzig verbindliche Prinzip beschworen wurde, stand jede von den Anklagereden Malenkows und Chruščevs abweichende Meinungsäußerung weiterhin unter Sanktionsandrohung. Die Wirkung von Angst und Einschüchterung auf die Redner des Juliplenums war so gewaltig, daß selbst die Gegner der Verhaftung Berijas in die absurden Anklagen

einstimmten. Um so mehr verdient Anerkennung, daß sowohl Mikojan als auch Vorošilov sich einem Rest an Zivilcourage bewahrt hatten und zumindest in Randbemerkungen der Anklage widersprachen und ihr damit – bei Licht besehen – die Glaubwürdigkeit nahmen. Mikojan wies darauf hin, daß Stalin Berija schon lange das Vertrauen entzogen hatte und nur einen Vorwand für seine Verhaftung suchte. Das vertrug sich nicht mit dem Kern der Anklage, wonach Berija sich "durch geschickte Tarnung und allerlei karrieristische Machenschaften das Vertrauen J.V. Stalins erschlichen" hatte und Stalin nach Belieben manipulierte. Vorošilov widersprach dem Vorwurf, die Amnestie hätte vor allem der Freilassung von Mördern gedient, und stellte fest, daß entsprechende Gerüchte einer Nachprüfung nicht standgehalten hätten. Daß immer wieder die gleichen, von Malenkov und Chruš#ev vorgegebenen stereotypen Formulierungen gebraucht wurden, unterstreicht die jetzt auch aus anderen Quellen ersichtliche intellektuelle Armut der obersten Parteiführung. Der eigentliche Fremdkörper auf diesem Plenum war Malenkov. Sichtlich schockiert von den Reden einiger CK-Mitglieder, die Stalins "Personenkult" rechtfertigten und Berija vor allem vorwarfen, der Presse die weitere Lobpreisung von Stalins Taten untersagt zu haben, brach er aus der Regie aus und klagte in seinem Schlußwort Stalin für dessen Versäumnisse und die Blockade der Beschlußorgane persönlich an. Obwohl dabei noch kein Wort der Anklage wegen der Millionen Opfer von Stalins Terror zu hören war, wirkt die Rede aufrichtiger als die von manipulierter Überlegtheit dominierte Geheimrede Chruš#evs vor dem XX. Parteitag.

Wenige Tage nach dem Ende des CK-Plenums – inzwischen waren gut zwei Wochen seit Berijas Verhaftung vergangen – wurde die Bevölkerung mit einer kleinen Notiz in der "Pravda" am 10. Juli 1953 darüber informiert, daß ein CK-Plenum stattgefunden und den Innenminister als Feind des sowjetischen Volkes aus der Partei ausgeschlossen habe. Malenkov habe "über die antiparteilichen Verbrechen und antistaatlichen Taten L.P. Berijas" vorgetragen, ihn der Unterminierung des Sowjetstaates im Interesse des ausländischen Kapitals sowie des Bemühens, das Innenministerium über die Partei und die Regierung zu stellen, beschuldigt. Die fortgesetzte Geheimhaltung der näheren Umstände deutete an, daß die Führung noch auf der Suche nach einer neuen Politik war. Allein auf die Beendigung der Vernachlässigung der Landwirtschaft konnte man sich als kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den Reformvorstellungen Malenkovs und Chruš#evs einigen. Erst vom Herbst 1953 an wurde dann die Politikänderung zunehmend öffentlich inszeniert und breit über den Sowjetkongreß Anfang August und das nachfolgende CK-Septemberplenum informiert. Chruš#evs Politikstil, der auf Populismus und für Teile der Bevölkerung auf begrenzten Partizipationsangeboten beruhte, begann sich nun abzuzeichnen.

Der eigentliche Prozeß gegen Berija fand unter strengster Geheimhaltung vom 18. bis zum 23. Dezember 1953 statt. Dabei stützte man sich noch einmal auf ein Sondertribunal nach dem Beschluß vom 1. Dezember 1934, das Grundlage der stalinschen Repressionen war. Das Untersuchungsverfahren bezog Berijas Verwicklungen in die Säuberungen, auf Anweisung von oben aber nicht die Leningrader Affäre ein, in die auch Malenkov verstrickt war, als es galt, nach dem Tod von Stalins Günstling Ždanov dessen Gefolgsleute aus dem Machtzentrum zu entfernen. Zu den Vorwürfen gehörte die Unterminierung des Systems der kollektiven Landwirtschaft, um Lebensmittelknappheit zu erzeugen, und das Säen von Mißtrauen zwischen den Völkern der Sowjetunion. Am 23. Dezember wurde Berija zusammen mit sechs seiner engsten Gehilfen zum Tode verurteilt und sofort erschossen. Die Ausschaltung Berijas war mit einer umfassenden Säuberung des Sicherheitsapparats verbunden. Alle Verwaltungsschefs des Innenministeriums in

den Unionsrepubliken wurden verhaftet. Es war die erste Krise, bei der die Armee eine entscheidende Rolle spielte. Die von Malenkov und Chruščev betriebene Reorganisation des Innenministeriums wurde im März 1954 durch die Abtrennung des Bereichs der Staatssicherheit abgeschlossen. Er wurde als Komitee für Staatssicherheit (KGB) direkt dem Ministerrat unterstellt.

Mit der Ausschaltung Berijas erschien Malenkov für einige Zeit als Sieger im Machtkampf. Tatsächlich profitierte aber vor allem Chruščev. Bereits im Herbst 1953 konnte er seine Position festigen. Mit seiner Wahl zum Ersten Sekretär der Partei auf dem CK-Septemberplenium erhielt er freie Hand, um den Parteiapparat als seine Machtbastion auszubauen. Mit seiner Rede zur Agrarpolitik setzte er zugleich programmatische Akzente. Bis zum Jahresende 1953 hatte er seine Position als zweiter Mann nach Malenkov soweit gekräftigt, daß er – entgegen der beschlossenen Trennung von Partei- und Regierungsämtern – am 7. Dezember auch zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt wurde. Im Herbst 1954 erlangte er durch die Erfolge seines Neulandprogramms die Oberhand gegenüber Malenkov, den er nachfolgend Anfang 1955 auf einem CK-Plenum anklagen und seines Postens entheben ließ. Die Parole von der Geschlossenheit der Partei erwies sich als ideales Herrschaftsinstrument in der Hand des jeweiligen Parteiführers, der damit alle Konkurrenten vernichten konnte. Das traf Anfang 1957 auch die anderen Mitverschwörer Molotov und Lazar' Kaganovi#. 1958 konnte Chruščev schließlich auch Nikolaj Bulganin verdrängen und selbst den Vorsitz im Ministerrat übernehmen. Damit lagen wie unter Stalin die Leitung von Partei und Staat wieder in einer Hand.

Die Meldung über die Verhaftung Berijas wurde in Unkenntnis von dessen Urheberchaft an den vorhergehenden Maßnahmen zur Entstalinisierung zeitgenössisch zunächst als Schlag gegen den Sicherheitsdienst, dem Rückrat von Stalins Terrorregime, und damit als Zeichen für die Beendigung des Terrors interpretiert. Die jahrzehntelange Fehlinterpretation der eigentlichen Zäsur des Juliplenums als Beginn der Entstalinisierung, die zuletzt M. Hildermeier wiederholte, der Berija als "Herren der Finsternis" etikettiert, hatte ihre Ursache darin, daß vor der Perestrojka nur wenige Informationen über den eigentlichen Verlauf des Machtkampfes nach Stalins Tod in den Westen drangen. Chruščevs Memoiren und die Verklärung seiner Person durch die Roj und Žores Medvedev in ihren Werken trugen maßgeblich dazu bei, daß die Initiativen Berijas entweder unbekannt blieben oder in ihren Intentionen grotesk verzerrt wurden. Die Wertung des Juliplenums – vor Publikation der Protokolle – durch R.-J. Service 1981 als "milestone on the road to destalinisation" erscheint verfehlt. Service nahm an, Berijas Reformeifer habe Anlaß zur Vermutung gegeben, er strebe diktatorische Gewalt an. Den Text der Resolution des Juliplenums, der in den Westen gelangt war, bezeichnete er als erstes bekanntes Programm für politische und ökonomische Reformen nach Stalins Tod, wertete ihn aber zugleich als nicht mehr als eine "Viertelmaßnahme": "Stalin would be criticised, secretly still, as a cranky, ill-advised leader in the postwar years." Sich darauf stützend behauptete D. Filtzer, die Verhaftung Berijas sei zur Rechtfertigung der Reformpolitik genutzt worden.

Die Materialien des CK-Juliplenums wurden erstmals 1991 in den "Izvestija CK KPSS" veröffentlicht. In der englischsprachigen Übersetzung bezeichnete der Herausgeber D.M. Stickle es als ein Zeichen der Arroganz, daß Berija "vier Monate nach Stalins Tod verstreichen ließ, ohne die Macht zu übernehmen". Erst als weitere Archivmaterialien verfügbar wurden, die Aufschluß über die sich nach Stalins Tod hinter den Kulissen abspielenden Vorgänge lieferten, setzte eine grundlegende Neuinterpretation ein. So sprach der bekannte russische Stalinismusforscher O. Chlevnjuk 1995 davon, daß die Stalinisten auf dem Juliplenium versucht hätten, ihren

geliebten Führer Stalin als Opfer Berijas hinzustellen. In ihren Anklagereden hätten sie dabei zugleich ein Bild von Berija gezeichnet, das ihn als aufrechten Reformler darstellte, der in den wenigen Monaten, die ihm das Schicksal vergönnte, den Stalinschen Sozialismus radikal demontierte. M. Reiman vertrat die Ansicht, daß die Verhaftung Berijas die Rehabilitierung von Stalins Opfern um zwei Jahre aufschob und durch den Aufstau von Reformen letztlich für den Ausbruch der Unruhen in Polen und Ungarn verantwortlich war. Das Juliplenum beendete vorläufig die politische Entstalinisierung, weil das mit der Liberalisierung verbundene Risiko einer politischen Destabilisierung des Regimes für zu groß gehalten wurde. Ein halbes Jahrhundert später sollte der gegen Berija Ende 1953 geführte Prozeß wiederaufgerollt werden. Ein Moskauer Gericht hatte über den Antrag zu befinden, Berija zu rehabilitieren. Es fällt im Juni 2000 ein geradezu salomonisches Urteil, indem es befand, der auf Anweisung des Juliplenums gegen Berija geführte Prozeß habe in der Tat auf gefälschten Anklagen beruht, dem Todesurteil fehle insofern eine Rechtsbasis. Doch zugleich wurde die Rehabilitierung abgelehnt, weil Berija unter Stalin ohne Zweifel für Morde verantwortlich war.  
Stephan Merl

## **Quellen- und Literaturhinweise**

The Berija Affair. The Secret Transcripts of the Meetings Signalling the End of Stalinism, ed. by. D.M. Stickle, New York 1992.

Chlevnjuk, O., "Berija. Predely istori#eskoj "reabilitacii", in: Svobodnaja mysl', 1995, Nr. 2, S. 103-110.

Chruschtschow erinnert sich, Reinbek bei Hamburg 1971.

Knight, A., Beria. Stalin's First Lieutenant, Princeton NJ 1993, S. 173-183.

Knoll, V., Kölm, L. (Hg.), Der Fall Berija. Protokolle einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht, Berlin 1993.

Merl, St., "Entstalinisierung, Reformen und der Wettlauf der Systeme 1953-1964", in: Plaggenborg, St. (Hg.), Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 5: 1945-1991. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Stuttgart 2002, S. 175-318.

Merl, St., "Berija und Chruš#ev: Entstalinisierung oder Systemerhalt? Zum Grunddilemma sowjetischer Politik nach Stalins Tod", in: GWU , 2001, Jg. 52, S. 484-506.

Naumov, V., Siga#ev, Ju., Lavrentij Berija 1953. Stenogramma ijul'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty, Moskau 1999.

"Novyj kurs' L. P. Berii 1953 g.", in: Istori#eskij archiv, 1996, Nr. 4, S. 132-164.

Pichoja, R., Sovetskij Sojuz: Istorija vlasti 1945-1991, Moskau 1998.

Rigby, H.H., "Khrushchev and the Rules of the Soviet Political Game", in: Miller, R. F., Féhér, F. (Hg.), Khrushchev and the Communist World, London 1984, S. 39-81.

Service, R.-J., "The Road to the Twentieth Party Congress. An Analysis of the Events Surrounding the Central Committee Plenum of July 1953", in: Soviet Studies, 1981, Jg. 33, S. 232-245.

## **Dokument**

### **Faksimile**

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Pravda, 10. Juli 1953.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0001\\_hil.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0001_hil.pdf)  
Datum: 22. Juli 2018 um 14:50:38 Uhr CEST.  
© BSB München

---